

# Teurere Sanierungs-Variante genehmigt

Statt nur nach Pflichtprogramm wird die Gemeinde Schwyz vier Schiessanlagen nun optimaler sanieren. Dafür wurde ein Kredit von 3,44 Mio. Franken bewilligt. Auch die beiden Zonenplangeschäfte sind klar gutgeheissen worden.

Von Josias Clavadetscher

Schwyz. – Der Entscheid über die Sanierung der Kugelfänge der Schiessanlagen Grund, Schachen, Aufiberg und Burg hatte gestern den Charakter einer Supplement-Volksbefragung. Das Bundesrecht und die kantonalen Umweltvorgaben nämlich schreiben vor, dass die Kugelfänge von Schiessanlagen landesweit zwingend saniert werden müssen. Es hat zuviel Blei und andere Schwermetalle im Boden. Bereits saniert worden ist so in der mit Schiessanlagen üppig bestückten Gemeinde Schwyz jene im Chämiloch in Seewen. Jetzt müssen bis spätestens 2017 die Anlagen Grund und Schachen saniert sein sowie die stillgelegte Anlage in Aufiberg. Die Schiessanlage Burg hat eine Galgenfrist bis 2022.

**Ökologisches Argument wirkte**  
Aufgrund der Rechtslage sind diese



Neue Industrieparzelle im «Steinbislin»: Dank dieser Arrondierung kann ein einheimischer Holzverarbeitungsbetrieb expandieren und neu bauen.

Bild Josias Clavadetscher

Sanierungen alle «gebundene Ausgaben». Die Gemeinde müsste also die vier Anlagen so oder so sanieren, mit Kosten von 2,8 Mio. Franken. Dafür hätte der Gemeinderat gar keine Abstimmung durchführen müssen. Weil man aber über die minimale Sanierungspflicht hinausgehen wollte, musste das Volk befragt werden. Dieses Zusatzvorhaben ist vom Bürger nun mit einer Zustimmung von 58,7 Prozent deutlich unterstützt worden. Die Vorlage hat zwar viele Nein mo-

bilisieren können, letztlich aber scheinen die ökologischen Argumente den Ausschlag gegeben zu haben. Wenn die Maximalbelastung des Bodens im Sanierungsperimeter auf 200 statt auf nur 1000 Milligramm Blei pro Kilogramm Erde gesenkt wird, hat dies Mehrkosten von 578 000 Franken zur Folge. Dafür kann später eine Gesamtfläche von fast 17 000 Quadratmetern nach den Sanierungen wieder uneingeschränkt landwirtschaftlich genutzt werden.

**Fünf Mitverursacher müssen zahlen**

Nach dem Ja kann nun die Sanierung in die Wege geleitet werden. Der von Geologen ausgemessene Bereich wird dazu ausgebagert, die Erde separiert und in eine Bodenwaschanlage oder zulässige Deponie abgeführt. Der ausgebagerte Bereich wird wieder aufgefüllt. Die Arbeiten werden nächstes Jahr beginnen. An die Gesamtkosten leisten der Bund 447 000 Franken, das VBS und die Kantonspolizei als Mitverursacher 236 000 Franken, der Kanton gemäss Rechtslage 796 000 Franken und die Schützenvereine 96 000 Franken. Der Gemeinde bleibt so eine Nettobelastung von 1,86 Mio. Franken.

**Industriezone wird erweitert**

In der ohnehin schon spannungslosen Abstimmung sind auch die beiden Zonenplangeschäfte klar angenommen worden. Die Einzonung einer neuen Industrieparzelle von 6500 Quadratmetern im «Steinbislin» wurde mit wuchtigen 87,4 Prozent gutgeheissen. Damit kann die Industriezone arrondiert werden. Geplant ist, dass hier die Schreinerei Schelbert-Inderbitzin GmbH ein neues Betriebsgebäude erstellt. Gegen den Gründelibach hin bleibt eine Freihaltezone bestehen.

Die zweite Zonenplanänderung betraf die Deponiezone Rütli 2 an der

Grundstrasse. Diese Umzonung ist vom Bürger mit 86,0 Prozent ebenfalls sehr deutlich gutgeheissen worden. Damit kann das mögliche Deponievolumen um 200 000 bis 250 000 Kubikmeter Aushubmaterial vergrössert werden. Auch wird so die Betriebsdauer von 10 auf 20 Jahre verlängert. Anschliessend muss das gesamte Areal wieder humusiert, begrünt und der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Bedingt durch die eidgenössischen Vorlagen hat der Souverän im Hauptort eine beachtlich hohe Stimmbeteiligung abgeliefert. Sie lag gestern bei 55,5 Prozent. Auffallend ist weiter, dass kein einziger Stimmzettel ungültig ausgefüllt worden ist.

## ERGEBNISSE

|  |         |           |
|--|---------|-----------|
| Kredit von 3,44 Mio. Fr. für die Sanierung der Kugelfänge der 300-m-Schiessanlagen | 3180 Ja | 2230 Nein |
| Zonenplanänderung Industriezone Steinbislin in Seewen                              | 4748 Ja | 686 Nein  |
| Zonenplanänderung Deponiezone Rütli 2 in Schwyz                                    | 4663 Ja | 758 Nein  |
| Stimmbeteiligung 55,5 Prozent  |         |           |

# Es sind keine grösseren Investitionen geplant

An ihrer Generalversammlung konnte die AG Sportbahnen im Mythengebiet auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Auch dieses Jahr wurden die Aktionärinnen und Aktionäre wieder mit einer Dividende belohnt.

Von Simon Eberhard

Schwyz. – Am vergangenen Samstag fand im MythenForum in Schwyz die 66. Generalversammlung der AG Sportbahnen im Mythengebiet statt. Nach einer kurzen Begrüssung durch Präsident Bruno Zünd verlas Geschäftsführer Toni Pfyl den Jahresbericht 2012/13. Trotz konstantem Schneemangel und nur wenigen schönen Wochenenden konnten die Sportbahnen grössere Besucherzahlen und mehr Betriebstage als im Vorjahr verbuchen. Ebenso kann sich die diesjährige Jahresrechnung sehen lassen. Zwar gab es hier einige deutlich höhe-



«Ein anmächeliger Winter»: Präsident Bruno Zünd (rechts) freut sich auf eine vielversprechende Wintersaison.

Bild Simon Eberhard

re Betriebsaufwände, dafür jedoch fielen die Stromkosten für die Beschneidung geringer aus. Wie schon im

Jahr zuvor durften sich die Aktionäre über eine Dividende von 2 Prozent freuen.

**«Schnapshütte» mit neuem Gerant**

Nach 16 Jahren tritt Vizepräsident Andreas Lüönd aus dem Verwaltungsrat

zurück. Zugleich kam es zur Neuwahl des restlichen Verwaltungsrats. Die bisherigen Mitglieder Bruno Zünd, Peter Reichmuth, Renato Meli, Heinz Tschümperlin, Markus Gwerder und Franz Sidler wurden einstimmig für vier weitere Jahre gewählt.

Ab dieser Saison erhält die «Schnapshütte» beim Skilift Handgrubi einen neuen Wirt. Dave de Lucchi löst die bisherige Gerantin Helena Bürgler ab. Zudem wird der Gastronomiebetrieb zukünftig rauchfrei sein.

Zum Schluss der Versammlung kam Präsident Bruno Zünd noch auf den kürzlich begonnenen Neubau der Rotenfluebahn in Rickenbach zu sprechen. Um die Aktienkapitalerhöhung der Rotenfluebahn AG zu ermöglichen, können nebst den Aktien auch sogenannte Lebensabos bezogen werden. Das Rotenfluebahn-Lebensabo kostet 6000 Franken, während das Mythengebiet-Lebensabo 9000 Franken kostet. Die Abos sind noch bis am 6. Dezember erhältlich.

# Auf Tuchfühlung mit «Schwyzer» Bundesrätin Sommaruga

Politische Diskussion mit einer Bundesrätin. Das war an einem überparteilichen Abend in Arth mit Simonetta Sommaruga hautnah möglich, die als ehemalige Schülerin des Gymnasiums Immensee ja auch ein bisschen «Schwyzerin» ist.

Arth. – Eingeladen haben die Schwyzer Kantonalparteien BDP, EVP, Grüne und natürlich die SP. Eingeladen war zu diesem Themenabend aber auch die allgemeine Öffentlichkeit, gekommen sind gut 100 Interessierte. Sie kamen nah in Kontakt mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Schon das ist eigentlich – im internationalen Vergleich – eine Einmaligkeit.

Bundesrätin Sommaruga referierte über die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung», über die am 9. Februar 2014 abgestimmt wird. Sommaruga zeichnete ein differenziertes Bild zu diesem Volksbegehren, denn die Zuwanderung in die Schweiz habe



Nach dem Referat und der Fragerunde: Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Publikum, hier im Gespräch mit dem Arther Gemeinderat Ruedi Beeler.

nicht nur positive, sondern auch kritische Auswirkungen. Es sei ebenso falsch, schwarz zu sehen wie nur rosarot. Im Gesamturteil aber bringe die Initiative gar keine Lösungen, übergehe mit Behauptungen Fakten und hätte zur Folge, dass innerhalb von sechs

Monaten die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge mit der EU aufgekündigt werden müssten. Darum seien auch alle, wirklich alle Wirtschaftsverbände und mit Ausnahme der SVP auch alle Parteien gegen diese Initiative.

Einige Hinweise lösten Verblüffung aus. Etwa, dass zwei Drittel der Arbeitskräfte in der Schweizer Landwirtschaft heute Ausländer sind. Dass diese Initiative keinerlei Einfluss auf das Asylwesen haben werde. Dass die Initiative eine Kontingentierung ver-

lange, unter der damaligen Kontingentspraxis der Schweiz aber mehr Einwanderung stattgefunden habe als heute. Oder, dass die Initiative eine riesige Bürokratie und massive Verteilungskämpfe für die Zuteilung von Einwanderern auf die Branchen auslösen würde. Sommaruga bezeichnete die Initiative als Systemwechsel, der gravierende Folgen hätte.

Im Anschluss an ihr Referat stellte sie sich den Fragen aus dem Publikum. Sommaruga ging detailliert darauf ein, antwortete ruhig, sachlich. Locker waren ihre Antworten auf die Schlussfragen von Moderator Josias Clavadetscher, ob sie sich – in Sins aufgewachsen, in Immensee im Gymi, mit Verwandten in Goldau – nicht auch ein bisschen als Schwyzer Bundesrätin fühle. Dies würde sie sich nie anmassen, erklärte die Bundesrätin. Und auf die Zusatzfrage, was der Bundesrat von Schwyz halte, meinte die Magistratin diplomatisch: «Der Kanton Schwyz macht dem Bundesrat keine Sorgen.» (kf)